

Nushasi 5 Krupür
ABONE
 (Posta ücreti dahil olmak üzere)
DAHİL İÇİN HARİÇ İÇİN
 Aylık Türk Lirası 1.50 R.M. 5.—
 Üç aylık 4.25 " 13.—
 Altı aylık 8.— " 25.—
 Bir senelik 15.— " 50.—
 Yabuk muhabirli.
 Haftada 6 defa çıkar.
 İdarəhanə
 Tekke Caddesi No. 585 ve 587.
 Telefon: 44.800.
 Posta Kutusu: İstanbul 1209.

Die Welt

Preis der Einzelnummer: 5 Krup
BEZUGSPREISE
 Inland Ausland
 Nr 1 Monat T. Pfd. 1.50 R.M. 5.—
 " 3 Monate " 4.25 " 13.—
 " 6 Monate " 8.— " 25.—
 " 12 Monate " 15.— " 50.—
 oder Gegenwert
 Erscheint wöchentlich 6 mal.
 Geschäftsleitung:
 Tekke-Caddesi Nr. 585-587
 Drahtanschr.: Türkpost.
 Fernsprecher 44.800.
 Postfach: İstanbul 1209.

Papen, Hugenberg und Seldte sprechen.

Kundgebung der „Kampffront Schwarz-Weiss-Rot“

Berlin, 11. Febr.—
 Im überfüllten Sportpalast in Berlin fand heute die angekündigte Kundgebung der „Kampffront Schwarz-Weiss-Rot“ statt, für die der Führer der Deutschnationalen, Reichsminister Geheimrat Dr. Hugenberg, der Vizkanzler v. Papen und Reichsminister Seldte, der Führer des „Stahlhelms“ als Redner angesagt waren.

20.000 Zuhörer
 Etwa 20.000 Anhänger der nationalen Bewegung waren dem Rufe der Führer gefolgt und füllten die riesige Halle bis auf den letzten Winkel.

Als Vorwort für die Kundgebung — auch diese Kundgebung wurde ebenso wie die gestrige der Nationalsozialisten von allen deutschen Sprechern übertragen — schilderte zunächst der Pressleiter der Deutschnationalen Volkspartei die Persönlichkeit Hugenbergs und nahm Anlaß, die zahllosen Gerüchte und zehnjährigen Verleumdungen, die sich um Hugenberg gehäuft hatten, als haltlos und unsinnig hinstellen.

Der Redner wies darauf hin, daß Hugenberg war, der Zentrum, die Splitterpartei und die Mittelpartei aus der nationalen Konzentration angeschaut habe, weil sie sich um die Einheitlichkeit des Kampfes bemüht hätten.

Er zeigte die drei Stationen auf, die Hugenberg in die Einigung des deutschen Volkes kennzeichneten, die Bildung des nationalen Kampfausschusses gegen den Youngplan, die „Harburger Front“ und die Bildung der jetzigen Regierung der nationalen Sammlung.

Abgeordnete v. Winterfeld begrüßte dann die Erschienenen, unter denen sich auch Prinz Oskar von Preußen mit Gattin, Staatssekretär v. Bismarck und zahlreiche hohe Beamte des Reiches befanden und eröffnete die Kundgebung mit Worten des Gedankens für die Opfer der Explosionskatastrophe von Neunkirchen.

Es wies dann auf die Bedeutung der heutigen Tagung als eines Ausdruckes der nationalen Einigung hin und nannte die Flagge schwarz-weiß-rot das gemeinsame Symbol der drei Mächte, die heute das Wort ergreifen werden.

Hugenbergs Rede
 Als erster Sprecher betrat Reichsminister Dr. Hugenberg die Rednertribüne.

Er schilderte das Unglück eines großen, reichen Volkes, das seine Nachbarn mit Krieg überzogen, es schilderte die Folgen des Zusammenbruchs des deutschen Volkens, und wie es sich selbst und seine Größe vergah.

Er wies auf die Gestalt Hindenburgs hin, des Patriarchen, der im Kriege Führer dieses Volkes gewesen, und nun aufstand um die Kräfte, die aus diesem niedergeborenen Volke aufstrebten, aber noch nicht geeignet waren, zusammenzufassen, sie einigte, und Macht und Aufgaben ihnen zuteilte. So habe das große Werk der Rettung begonnen; da befände sich gegenwärtig Deutschland. Diese rettenden Kräfte müßten die Macht behalten, wenn sie auch auf jede Gefahr hin entschlossen seien. Notwendig sei aber unbedingt die bleibende Einigung dieser Kräfte.

Die neue Regierung nannte er die Hindenburg-Regierung der nationalen Sammlung. Er selbst habe Neuwahlen nicht gewollt; das sei der einzige Punkt gewesen, in dem er mit den Führern der anderen großen Bewegungen nicht übereinstimmte; aber um dieses Punktes willen habe er die Einigung nicht scheitern lassen wollen. Deutschland solle zeigen, daß es die Willen nicht habe, indem es die Kampffront schwarz-weiß-rot wolle. Es komme jetzt auf ein doppeltes „Ja“ an, einmal „Ja“ zu sagen auf die Frage des Generalfeldmarschalls, die da lautet: „Wollt Ihr meine nationale Regierung stützen?“ und ein zweites „Ja“ zu sagen zu dem national-konservativen Prinzip, das er vertrete, ein Prinzip, das jedoch nicht bedeute, passivität oder wirtschaftliche Feindschaft zu sein.

Der Minister wies dann auf die beiden Männer hin, die auch unter der Flagge schwarz-weiß-rot kämpfen wollten, die aber Wert darauf legten, nicht als Vertreter eines Parteistandes oder des Gedankens eines Parteistandes zu erscheinen.

Der eine sei der Vizkanzler v. Papen, der andere sei der Bundesführer des Stahlhelms, Reichsminister Seldte.

Hugenberg kündigte an, daß er im Wahlkampf nicht mehr hervortreten wolle, wohl müßte jetzt die anderen einspringen, damit der nationale Gedanke in allen deutschen Volksteilen durchdringe.

Der Minister schloß mit den Worten: „Ich ruhe dem deutschen Arbeiter, dem deutschen Bauern und dem Mittelstander zu Wege in diesem Geiste ruhig alle Möglichkeiten der Zukunft eingehend ab; du wirst bei uns die sicherste Gewähr eines ruhigen Wiederaufbaus finden.“

„Unser Kampf heißt: Heil Deutschland! wappet sich auch stehen!“

Nach der Rede Hugenbergs erhob sich die ganze Versammlung und sang das „Flaggenlied“.

Vizekanzler v. Papen spricht
 Als nächster Redner sprach Vizekanzler v. Papen.

Er knüpfte an den 30. Januar, an den ein Wendepunkt in der Geschichte Deutschlands sei, das Anzeichen für das neue Deutschland, das wir alle mit jeder Faser unseres Herzens ersehnen.

Die Einigung, erreicht unter den Führern, müsse nun auch innerhalb des deutschen Volkes erkämpft werden.
 Er bekannte sich als zu keiner Partei gehörig; denn die Parteien seien zu eng geworden für die junge deutsche Generation; auf deren Schultern unsere Zukunft ruhe. Wohl aber bekannte er sich als Katholik und erklärte, daß auch die katholischen Anschauungen in der neuen Front schwarz-weiß-rot zur Geltung kommen müßten.

Die gegenwärtige Kundgebung bezeichnete er als die letzte Herrschaft, die die Reichsregierung abhalte, bevor sie die Entscheidungsschlacht beginne.

Die Hitler-Bewegung das Fundament des neuen Deutschland

Er bezeichnete es als günstig, daß die neue Regierung aus verschiedenen nationalen Richtungen gebildet worden sei, denn alle großen Zusammenfassungen hätten sich in Deutschland als günstig erwiesen.

Er bezeichnete die Bewegung Hitler als das Fundament des neuen Deutschland, und die deutschnationale Volkspartei, sowie den Stahlhelm als den weiteren Aufbau auf dieser Grundlage, ein Vergleich, der dem Vizkanzler minutenlangen stürmischen Beifall eintrug.

Papen erklärte dann die Rolle des konservativen Gedankens, den er vertrete in der neuen Regierung. Konservativ sei, heißt nicht an überlebten Dingen festhalten, sondern die ewigen Gesetze achten. Die Neuordnung müsse von der Gesundheit der Familie ausgehen, daraus sei die Erneuerung der Familie ein Ziel, das in der Zukunft erstrebt werden müsse. Die entscheidende Aufgabe aber sei die „Entpolitisierung“ des deutschen Volkes. „Nicht klassenpolitisch, sondern durch Schaffung eines Verantwortungsgefühls jedes einzelnen Menschen müsse die Neuordnung erreicht werden.“

Das „Deutsche Reich christlicher Nation“ verfolge keine weltliche Zwecke; sondern Gottesfurcht und Achtung vor der schöpferischen Persönlichkeit; Qualität gegen Quantität.

Hitler in Leipzig
 Berlin, 12. Febr. (A.A.)
 Reichskanzler Hitler ist gestern nachmittag im Flugzeug nach Leipzig gefahren wo heute die Feierlichkeiten für den 50. Todestag Richard Wagners beginnen.

Necke tritt in den Ruhestand
 Berlin, 11. Februar (A.A. nach WTB)
 Der Oberpräsident Dr. Provins v. Hannover, Necke, ein Führer der deutschnationalen Partei, hat seinen Ruhestand erklärt. Er wird auch bis zum 1. Oktober 33, da er die Altersgrenze erreicht.

Zusammenstoß
 Berlin, 11. Febr. (A.A.)
 Eine von der republikanischen Studentenschaft der Breslauer Universität geplante Kundgebung zu Ehren des im Laufe von Zusammenstoßen getöteten Studenten wurde im letzten Augenblick verboten.

Zahlreiche Studenten, die von dem Verbot keine Kenntnis erhalten hatten, sammelten sich an und stießen auf die Polizei und eine große Zahl von nationalsozialistischen Studenten, Mitgliedern der Sturmabteilungen.

Es kam zu Zusammenstößen. Die Polizei zerstreute jedoch die Studenten, die die Kundgebung veranstalten wollten, mit dem Gummiknüppel.

Königsberg, 11. Febr. (A.A.)
 In Eibing fanden Zusammenkünfte zwischen Kommunisten und der Polizei statt.

Als eine Polizeistreife in Zivil von den Kommunisten beschossen wurde, erwiderte sie das Feuer.

Ungefähr 30 Demonstranten wurden festgenommen.

tität, Volk gegen Masse und Führerschaft gegen Interessentenhäufen; wer dieses will, der gehet zu uns, ob er jetzt einer Partei angehört oder nicht organisiert ist.

So wie die Führer zusammenstehen, so müsse auch im Volke die nationale Einigung gegen die Novemberpartei geschlossen werden.

Papen schloß mit den Worten:
 Die beiden Gruppen der nationalen Bewegung würden den Kampf in brüderlicher Einigkeit führen, in dem festen Glauben an den Sieg, den ein niemand wird entreißen können“

Der Eindruck der Rede des Vizekanzlers war außerordentlich stark und der Beifall, der nun einsetzte war fast noch stürmischer als der, den die Rede Hugenbergs gefunden hatte.

Die Rede Seldtes
 Dann betrat Reichsarbeitsminister Seldte das Rednerpodium.

Er gab ebenso wie sein Vorgesänger vom 30. Januar an, bezeichnete aber auch den 11. Februar, den Tag, an dem sich die Kampffront schwarz-weiß-rot zusammengefunden hat als einen Markstein in der deutschen Geschichte.

Gleichwie Papen hätten auch ihn dieselben Gründe bewegt, in der neuen deutschen Bewegung mitanzutreten.

Er dankte Hugenberg und Papen, die diese Kampffront erst ermöglicht hätten.

Die Ziele des Stahlhelms seien Gleichberechtigung und Kampf um den deutschen Lebensraum. „Das Frontabstimmten“ sehe nun nach 14jähriger Kampfeszeit sein Ziel näher rücken.

Im Rahmen seines Wirkungskreises als Leiter der Reichsarbeitsämter sei er bemüht unter den anderen Arbeitern und er könne mit Freude feststellen, daß er trotz aller Not und Plage das deutsche Volk seine hohen Eigenschaften, „die Arbeitsehrlichkeit“ nicht verloren habe. Seine schwere und treue Arbeit werde es auch sein Ziel führen.

Niemals werde es Fronarbeit geben, sondern nur Leistungsarbeit der Freien. Frei müsse die Arbeit sein, frei die Menschen, frei das Arbeitsgebiet.

Der Aufruf des Stahlhelms sei ein Aufruf zu einem neuen Freiheitskampf in einer neuen Form.

Zwei Böcke seien es, auf denen Deutschland aufgebaut werde, die NSDAP und die Kampffront schwarz-weiß-rot. Nun gelte es zu zeigen, daß diese Böcke keine Gegenkräfte seien, sondern zwei Herzen und ein Schlag, zwei Seelen und ein Gedanke!

Mit atemberuhmenden, unendlichen Beifalls- und Begeisterungskundgebungen wurde dann die Versammlung geschlossen.

Die Katastrophe von Neunkirchen
 Neunkirchen, 11. Febr.
 Die Katastrophe von Neunkirchen hat nach den bisher vorliegenden Meldungen 68 Todesopfer gefordert, doch muß leider noch mit einer Vermehrung dieser Zahl gerechnet werden, da noch viele Tote unter den Trümmern liegen werden und auch von den Schwerverletzten mancher nicht mehr zu retten sein wird.

Die Gefahr weiterer Explosionen ist noch nicht beseitigt. Aus den noch stehenden Benzoltanks schlagen teilweise Stichflammen empor und erzeugen Panik unter den Bergbauarbeitern.

Ein starkes Landjägerangebot hat alle Zugänge abgesperrt, um den Zutritt Neunkircher zu verhindern.

Das Eisenwerk wird, wie die Leitung mittelt, weiter arbeiten, und in 2-10 Tagen werden etwa 90% der Belegschaft wieder eingestellt werden können.

Der Reichskanzler hat telegraphisch seine Anteilnahme an dem furchtbaren Unglück mitgeteilt und eine sofortige Hilfsaktion eingeleitet.

Auch aus dem Ausland treffen zahlreiche Beileidskundgebungen ein.

Saarbrücken, 12. Febr. (A.A.)
 Man glaubt hier Grund zu der Annahme zu haben, daß die Zahl der Todesopfer der Neunkircher Explosion — 57 sind bereits aus den Trümmern geborgen — sich nicht mehr wesentlich erhöhen wird.

In ganz Deutschland hat dieses Unglück tiefe Anteilnahme ausgelöst.
 Alle öffentlichen und amtlichen Gebäude des Reichs und Preußens werden heute, wie am Beisetzungstage, halbtags flaggen.

Paris, 12. Februar (A.A.)
 Paul-Boncour hat dem Präsidenten des Regierungsrates des Saargebietes und dem Bürgermeister von Neunkirchen ein telegraphisches Weges sein Beifall zu dem Unglück ausgesprochen.

Der Bürgermeister erhielt gleichfalls ein Beileidsgramm vom Minister für Öffentliche Arbeiten, der namens der französischen Regierung die Statthalter Saar-Minen beauftragte, den Hinterbliebenen die Summe von 100.000 Frs. zu überweisen.

Allgemeine Wehrpflicht im Irak.

Bagdad, 10. Februar.
 (Eigener Dienst der T. P.)
 Die Regierung des Irak hat die Verstärkung des irakischen Heeres von 10.000 auf 20.000 Mann und die stufenweise Einführung der allgemeinen Wehrpflicht beschlossen.

Um der Armee eine regelmäßige und ausreichende Munitionsversorgung zu sichern, soll eine neuzeitlich eingerichtete Munitionsfabrik errichtet werden.

Das Armenterviertel in Beirut abgebrannt.

Aus Beirut wird an die Zeitungen in Adana gemeldet:
 In dem Barmenterviertel der Armenier, die nach Syrien flüchteten und hier untergebracht werden waren, brach Großfeuer aus, wobei 1.200 Baracken niederbrannten und 5.000 Armenier obdachlos wurden. Der Brand brach um 8 Uhr abends in einer Bäckerei aus und verbreitete sich mit unerhörter Geschwindigkeit, so daß es der Feuerwehr nicht mehr möglich war, den Brandherd einzuschränken. Erst gegen Morgen konnte das Feuer gelöscht werden.

Nach dem Bekanntwerden des Feuers erließen die französischen Oberkommissar Posten mit einigen höheren Beamten am Brandort gebote des Löscharbeiten bei.

Die Armenier wurden eine Kollektion organisiert und es wurden Spenden gesammelt. Der Brand erlitt eine Mutter mit ihrem kleinen Kind den Tod in den Flammen.

Die mit der Anstellung der Armenier in Syrien betraute Vertreter des Völkerbundes ist heute getroffen und ist mit den zuständigen Stellen über die in Angriff zu nehmenden Maßnahmen in Fühlung getreten.

Der Libanon und die französischen Mandatsbehörden.

Bagdad, Anfang Februar.
 In der irakischen Presse erscheint der Bericht über eine Unterredung, die Emir Adil Arslan aus der bekannten drusischen Familie des Libanon einem Pressevertreter gewährte.

In dieser Unterredung verbreitet sich der Emir auch über die Beziehungen seines Heimatlandes zu den Mandatsbehörden und den diesen nachgesagten Absichten der Schaffung eines unabhängigen Syriens unter Ausweis des Sandkath Alexander — der aufgrund der französisch-türkischen Verträge eine Sonderstellung innehat — sowie der Bezirke von

Die Arbeit des Staatspräsidenten.

Der Staatspräsident verbrachte den gestrigen Tag mit seinen gewohnten Arbeiten im Palais Dolma Bagtsche.

Wie verlautet, wird der Staatspräsident in den nächsten Tagen einige behördliche Einrichtungen Stambuls besichtigen.

Die Verfolgung des Zwischenfalls in Brussa.

Brussa, den 11. Febr. (Tel.)
 Die Untersuchungen der Polizei gegen die an dem Zwischenfall von Ulu Dschami beteiligten Personen sind abgeschlossen und die Akten der Beschuldigten wurden der Staatsanwaltschaft übergeben.

Ueber den Zwischenfall wurden bisher mehr als 200 Personen von der Polizei vernommen.

Heute wurde der in Stambul verhaftete und seines Amtes enthobene Prediger von Ulu Dschami sowie der Schlichter Jussuf, der Moscheedienstler Jussuf und der Albanier Tewfik von der Polizei vernommen und ins große Gefängnis überführt.

Der Emir hält diese Lösung, über die selbstverständlich alle lebenden Welt nicht sprechen sei, vor allen Dingen aus wirtschaftlichen Gründen für unzulässig und weist darauf hin, daß z. Zt. des kurzen Königturns unter Feisal, als Syrien und Transjordanien vereinigt waren, die gesamten Einnahmen aus 90.000 türkische Goldpfund geschätzt wurden. Es genüge, diese Summe zu nennen, um sich darüber klar zu sein, daß Abschiebe davon ein Staatswesen der Möglichkeit berabsetzen, im Rahmen der geographischen und politischen Gegebenheiten die angestrebte Selbständigkeit zu wahren.

Die Beratungen in Genf.

Genf, 11. Febr.
 Der Neuzusammensetzung des Ausschusses wird am Montag die Versöhnungsvorschläge des Völkerbundes im Mandatschereifkonflikt annehmen und sie dann der Völkerbundsversammlung vorlegen.

Wie gemeldet wird, soll die Entscheidung auf eine Verurteilung der Militärpolitik Japans hinauslaufen. Ferner soll hervorgehoben werden, daß die Regelung des Streitfalles nur in Uebereinstimmung mit dem Völkerbundsabkommen dem Kelloggspakt und dem Washingtoner Abkommen erfolgen könne.

Die drei östlichen Provinzen Chinas sollen eine weitgehende Autonomie unter der Souveränität Chinas erhalten.

Gefordert wird weiter die Zurückziehung der japanischen Truppen bis zur südmandschurischen Eisenbahn.

Eine Anerkennung des mandatschurischen Staates komme nicht in Frage.

Verurteilung der japanischen Militärpolitik?

Genf, 11. Febr.
 Der Neuzusammensetzung Ausschusses wird am Montag die Versöhnungsvorschläge des Völkerbundes im Mandatschereifkonflikt annehmen und sie dann der Völkerbundsversammlung vorlegen.

Wie gemeldet wird, soll die Entscheidung auf eine Verurteilung der Militärpolitik Japans hinauslaufen. Ferner soll hervorgehoben werden, daß die Regelung des Streitfalles nur in Uebereinstimmung mit dem Völkerbundsabkommen dem Kelloggspakt und dem Washingtoner Abkommen erfolgen könne.

Die drei östlichen Provinzen Chinas sollen eine weitgehende Autonomie unter der Souveränität Chinas erhalten.

Gefordert wird weiter die Zurückziehung der japanischen Truppen bis zur südmandschurischen Eisenbahn.

Eine Anerkennung des mandatschurischen Staates komme nicht in Frage.

„Abrüstung ist der beste Weg zur Sicherheit“

Nach der deutschen Auffassung sei das eigentliche Ziel der Tagung keineswegs die Schaffung neuer Sicherheitsgarantien, sondern ein entscheidender Schritt auf dem Wege zur Abrüstung, die zugleich das beste Mittel zur Erhöhung der allgemeinen Sicherheit sei.

Die Beratungen in Genf.

Genf, 11. Febr. (A.A. nach WTB.)
 Deutschlands Vertreter im Büro der Abrüstungstagung, Botschafter Nadolny, erklärte in der gestrigen Sitzung zu den Ausführungen Paul-Boncour am Vortage, das am 11. Dezember 1932 unterzeichnete Abkommen über Deutschlands Gleichberechtigung sei die Voraussetzung für Deutschlands Teilnahme an der Abrüstungstagung. Der Wortlaut dieses Abkommens bilde die Grundlage, von der Deutschland niemals abweichen werde.

Nadolnys Antwort an Paul-Boncour.
 Genf, 11. Febr. (A.A. nach WTB.)
 Deutschlands Vertreter im Büro der Abrüstungstagung, Botschafter Nadolny, erklärte in der gestrigen Sitzung zu den Ausführungen Paul-Boncour am Vortage, das am 11. Dezember 1932 unterzeichnete Abkommen über Deutschlands Gleichberechtigung sei die Voraussetzung für Deutschlands Teilnahme an der Abrüstungstagung. Der Wortlaut dieses Abkommens bilde die Grundlage, von der Deutschland niemals abweichen werde.

„Abrüstung ist der beste Weg zur Sicherheit“.
 Nach der deutschen Auffassung sei das eigentliche Ziel der Tagung keineswegs die Schaffung neuer Sicherheitsgarantien, sondern ein entscheidender Schritt auf dem Wege zur Abrüstung, die zugleich das beste Mittel zur Erhöhung der allgemeinen Sicherheit sei.

Verurteilung der japanischen Militärpolitik?
 Genf, 11. Febr.
 Der Neuzusammensetzung Ausschusses wird am Montag die Versöhnungsvorschläge des Völkerbundes im Mandatschereifkonflikt annehmen und sie dann der Völkerbundsversammlung vorlegen.

Wie gemeldet wird, soll die Entscheidung auf eine Verurteilung der Militärpolitik Japans hinauslaufen. Ferner soll hervorgehoben werden, daß die Regelung des Streitfalles nur in Uebereinstimmung mit dem Völkerbundsabkommen dem Kelloggspakt und dem Washingtoner Abkommen erfolgen könne.

Die drei östlichen Provinzen Chinas sollen eine weitgehende Autonomie unter der Souveränität Chinas erhalten.

Gefordert wird weiter die Zurückziehung der japanischen Truppen bis zur südmandschurischen Eisenbahn.

Eine Anerkennung des mandatschurischen Staates komme nicht in Frage.

Von der Meuterei der „Zeven Provinzen“

Haag, 11. Februar (A.A.)
 Die Bombe, die von einem Wasserflugzeug auf „De Zeven Provinzen“ geschleudert wurde, wurde aus 700 m Höhe abgeworfen und traf den Kreuzer hinter der Kommandobrücke. Sie richtete beträchtlichen Schaden an.

Der eingeborene Kommandant der Meuterei wurde getötet. Von den Führern der Meuterei wurden die meisten getötet oder verletzt. Die Zahl der Toten beträgt 22.

Der Zerstörer „Piet Hein“ hat heute vormittag die Verwundeten in Batavia an Land gesetzt.

Die Beratungen in Genf.

Genf, 11. Febr.
 Der Neuzusammensetzung Ausschusses wird am Montag die Versöhnungsvorschläge des Völkerbundes im Mandatschereifkonflikt annehmen und sie dann der Völkerbundsversammlung vorlegen.

Wie gemeldet wird, soll die Entscheidung auf eine Verurteilung der Militärpolitik Japans hinauslaufen. Ferner soll hervorgehoben werden, daß die Regelung des Streitfalles nur in Uebereinstimmung mit dem Völkerbundsabkommen dem Kelloggspakt und dem Washingtoner Abkommen erfolgen könne.

Die drei östlichen Provinzen Chinas sollen eine weitgehende Autonomie unter der Souveränität Chinas erhalten.

Gefordert wird weiter die Zurückziehung der japanischen Truppen bis zur südmandschurischen Eisenbahn.

Eine Anerkennung des mandatschurischen Staates komme nicht in Frage.

Meuterei auch europäische Matrosen teil.

An Bord des meuternden Schiffes befanden sich an Europäern 16 Offiziere und 9 Unteroffiziere, an Eingeborenen 3 Unteroffiziere und 44 Maste und Matrosen.

Die Behörden erhielten Kenntnis, daß die Mannschaft des meuternden Schiffes auf Seeraufbruch ausgehen wollte, wenn die Lebensmittelvorräte an Bord zur Neige gingen.

Weitere Meldungen aus Batavia besagen, daß der Kommandant der verfolgenden „Java“ den Meutereern eine Frist von 10 Minuten stellte, bis die weiße Flagge gehißt sein müsse.

Auf die Weigerung der Meutereern, sich zu ergeben, erfolgte dann — wie gemeldet — der Bombenwurf.

Politische Wochenschau.

Der französische „konstruktive Plan“ in Paris. — Bitterkeit in Paris. — Herriot's Sorgen. — Wird der Völkerbund energisch?

Stambul, 11. Februar.
 Die zweite Phase der Abrüstungskonferenz in Genf hat begonnen. Die Konferenz konnte eine Art Jubiläum feiern, denn ein Jahr ist seit ihrem Beginn vergangen. Henderson, der Präsident der Konferenz, meinte humorvoll, es läge kein Anlaß dafür vor, der Konferenz zu wünschen, daß dieser Tag noch viele Male wiederkehren möge. Wünschen könne man nur, daß der Tag sich nahe, an dem der endgültige Text einer Abrüstungskonvention verlesen werden könne. Im General-Ausschuß der Konferenz steht der französische „konstruktive Plan“ mit dem Untertitel „Organisation des Friedens und der Sicherheit“ zur Diskussion. Man erinnert sich, wie er aufgebaut ist: das Fundament bilden politisch-juristische Voraussetzungen, neue „Sicherheitsgarantien“ in Form von Pakten in drei konzentrischen Kreisen, einem Weltpakt, einem europäischen Pakt und einem kontinental-europäischen Pakt. Der militär-technische Teil besteht in der Vereinheitlichung und Verallgemeinerung eines Systems kurzfristiger Wehrpflicht in Verbindung mit einer geringen Kadernummer und der Bildung einer internationalen Armee. Außer den Vertretern verschiedener kleinerer Mächte haben sich die Vertreter Italiens, Deutschlands und Englands zu dem französischen Plan geäußert. Die Darstellung des deutschen Standpunkts durch Botschafter Nadolny war ganz besonders eindrucksvoll, nicht nur durch ihre lapidare Gedrängtheit und Uebersichtlichkeit, sondern auch durch den Ton absoluter Sachlichkeit. Desto stärker mußten die logischen Folgerungen wirken, die aus einer ganz objektiven Analyse des französischen Plans gezogen wurden.

Botschafter Nadolny betonte sein Bestreben, zu wichtigen Elementen des französischen Plans eine positive Einstellung zu gewinnen. Er anerkannte die Bedeutung der Vereinheitlichung des Wehrsystems auf einer neuen Grundlage, die der französische Plan anstrebt. Nur müßte sich diese Vereinheitlichung auch auf die Ueberseegebiete erstrecken, die im Plan bekanntlich ausgenommen werden. Dieser Punkt hat, beiläufig bemerkt, umso größere praktische Wichtigkeit, als der Schwerpunkt der Rekrutierung der Heereskräfte solcher Länder, wie z. B. Frankreichs, sich immer mehr auf ihre kolonialen Gebiete verlegt. Für die Schaffung einer Völkerbundsarmee ließ Botschafter Nadolny durchaus eine Möglichkeit zu, wenn auch in einer fernerer Zukunft und bei Erfüllung gewisser Vorbedingungen, die noch nicht vorhanden sind. Auch gegenüber dem juristisch-politischen Teil des französischen Plans hat sich der deutsche Delegationsführer durchaus nicht grundsätzlich ablehnend verhalten. Die deutsche Regierung, so sagte er, habe sich stets bereit erklärt, Anregungen zur Schaffung neuer Garantien zu prüfen und sich eventuell an Vereinbarungen, dieser Art zu beteiligen, wie das auch die Fünf-Mächte-Erklärung vom 11. Dezember v. J. gezeigt hat. Jedoch — und das ist der springende Punkt in den deutschen Ausführungen — hat alles das, sowie auch der ganze französische Plan kaum etwas mit der Frage der Verwirklichung einer tatsächlichen Abrüstung zu tun. Die Beweisführung dafür war erdrückend. Militärisch-technisch werden weder für die quantitative, noch für die qualitative Abrüstung irgend welche positive Vorschläge im Plan gemacht. Juristisch-politisch ist die Auffassung, daß die von der Konferenz erwarteten Maßnahmen auf dem Gebiet der Abrüstung nur parallel mit einem Ausbau der internationalen Friedensordnung möglich seien, vollständig willkürlich, denn sie findet in der Arbeit der Konferenz zu grundlegenden Bestimmungen — und dies